

Nach der 2. Rückkehr

der TBKP

Mitglieder

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ABASIRMA VAKFI
TÜSTAV

pressezentrale einheit
bem
unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: +49 203 340395, TELEFAX: +49 203 339229 (BRD)
6 STOKE NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: +44 1 923 1902 (UK)

3. Februar 1990

DER MORD AN PROF. Dr. MUAMMER AKSOY, VORSITZENDER DER TÜRKISCHEN
JURA-INSTITUTION, WURDE IN ISTANBUL DURCH EINE GEMEINSAME
ERKLÄRUNG VON 260 PERSÖNLICHKEITEN VERURTEILT

260 Persönlichkeiten verurteilten in einer Pressekonferenz in Istanbul durch eine gemeinsame Erklärung den Mord an Prof. Dr. Muammer Aksoy, Vorsitzender der Türkischen Jura-Institution, ehemaliger Abgeordneter und Vertreter der Türkei im Europarat in 1977-1980. Unter den Unterzeichnern der gemeinsamen Erklärung befinden sich Wissenschaftler, Juristen, Rechtsanwälte, Journalisten, Schriftsteller, Abgeordnete, Gewerkschaftler, Vertreter der politischen Parteien, Marxistisch Intellektuelle und Vertreter der Organisationen für Menschenrechte.

In der Erklärung, die auf die Gefahr einer erneuten antidemokratischen Entwicklung hinweist, wird die sofortige Ermittlung der Schuldigen und die Institutionalisierung der Demokratie mit allen ihren Regeln verlangt. Es heisst:

"Keine Institution, politische oder nichtpolitische, kann vor einer solchen Gefahr sprachlos und gleichgültig bleiben. Um diese Gefahr zu vereiteln, müssen alle politische Orientierungen, die verschiedene Interessen vertreten aber bei der Demokratie übereinstimmen, zusammenkommen. Um die Gewalt aus dem Leben der Gesellschaft auszuschliessen, muss die Demokratisierung des Staates, eine neue Verfassung, die Abschaffung der Unterdrückung der Bürger durch den Staat und der Verbote über die Gedanken- und Organisationsfreiheiten und der Fortschritt zu einer demokratischen, mitbestimmenden Gesellschaft erreicht werden.

"Wir sind der Meinung, dass jegliche Urteile, einem Menschenleben ein Ende zu setzen, und die Vollstreckung dieser Urteile, sei es durch den Staat gemäss den Gesetzen, durch Individuen oder organisierte Gruppen, die humanistischen Werte, für deren Entwicklung die Menschheit einen grossen Weg zurückgelegt hat, mit den Füissen zertreten. Die Unantastbarkeit des Menschenlebens muss als ein Wert der Kultur in die Gesellschaft verpflanzt werden."

Die Erklärung endet mit der folgenden Bemerkung:

"Der bedeutsamste Geschenk an das Andenken des hervorragenden Wissenschaftlers Muammer Aksoy ist die Realisierung der obengenannten Entwicklungen in unserem gesellschaftlichen Leben."

"Büro Adımlar", Donaustr. 104, 1000 Berlin 44

pressezentrale einheit
bem
unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: +49 203 340395, TELEFAX: +49 203 339229 (BRD)
6 STOKE NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: +44 1 923 1902 (UK)

3 Şubat 1990

TÜRK HUKUK KURUMU BAŞKANI PROF. DR. MUAMMER AKSOY'UN

ÖLDÜRÜLMESİ İSTANBUL'DA 260 KAMUOYU TEMSİLCİSİ

TARAFINDAN ORTAK BİR AÇIKLAMAYLA

KINANDI

Türk Hukuk Kurumu Başkanı, Türkiye'yi 1977-1980 arasında Avrupa Konseyi'nde temsil etmiş olan eski milletvekili Prof. Dr. Muammer Aksoy'un 30 Ocak 1990'da Ankara'da terörist bir saldırı sonucu öldürülmesi, İstanbul'da düzenlenen bir basın toplantısında 260 kamuoyu temsilcisi tarafından kınandı. Ortak bir açıklama yapanlar arasında, çok sayıda bilim adamı, hukukçu, avukat, gazeteci, yazar, milletvekilleri, sendikacı ve çeşitli siyasi partilerin temsilcileri

Markсист aydınlar, insan hakları örgütleri temsilcileri yer alıyor.

Muammer Aksoy'un öldürülmesiyle birlikte eski filmin yeniden gösterime sokulmak istendiği belirtilen açıklamada, suçluların en kısa zamanda bulunması, demokrasinin de tüm kurum ve kurallarıyla yerleştirilmesi isteniyor. Şöyle deniyor:

"Hiç kimsenin, siyasi veya değil, hiçbir kuruluşun böylesi bir tehlike karşısında sessiz ve kayıtsız kalması düşünülemez. Bu tehlikeyi önlemek için çok farklı çıkarları savunan, ama demokraside birleşen bütün siyasi akımlar biraraya gelmelidir. Toplumsal yaşamdan şiddetin dışlanması en başta devletin demokratikleştirilmesini gerektirir, demokratik bir Anayasayı oluşturmayı gerektirir, yurttaşların üzerindeki devlet baskısının, düşünce ve örgütlenme özgürlüğünü sınırlayan tüm yasaların ortadan kaldırılmasını gerektirir, demokratik, katılımcı bir toplumsal yaşama doğru ilerlemeyi gerektirir.

"Kanımızca, ister kanunlar aracılığıyla ve devlet eliyle, ister bireyler ve örgütlü gruplar tarafından gerçekleştirilsin, insan hayatına son verme kararları ve bu kararların infazı insanlığın ulaşmak için bir hayli yol aldığı hümanist değerleri ayaklar altına almaktadır.

"Siyasi görüşü, suçu, görevi ne olursa olsun, insan hayatının dokunulmazlığı, tüm topluma bir kültür değeri halinde yerleştirilmelidir."

Açıklama, şu sözlerle sona eriyor:

"Değerli bilim adamı Muammer Aksoy'un anısına yapılacak en anlamlı armağan, yukarıdaki görüşler doğrultusundaki gelişmelerin toplumsal yaşamımızda gerçekleşmesi olacaktır."

"Büro Adımlar", Donaust. 104, 1000 Berlin 44

ERDAL TALU-ALS ERSTER DER ZURÜCKGEKEHRTEN TBKP FUNTIONAEREN
ANGEKLAGT

DAS ZIVILE GERICHT ÜBERGAB DEN FALL AN

DAS STAATSSICHERHEITSGERICHT IN ISTANBUL

Istanbul-- Erdal Talu, Mitglied des Zentralkomitees der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, der am 22. September 1989 zusammen mit drei weiteren Parteifunktionären und sechs politischen Flüchtlingen in die Türkei zurückkehrte, wurde am 8.11.1989 vor das Zweite Zivilgericht für Scherbrechen geführt. In der Anklageschrift wurde Erdal Talu wegen seiner Mitgliedschaft in der nach dem Militaerputsch verbotenen Friedensverein und in dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Türkei beschuldigt.

An dem ersten Prozesstag, meinte Erdal Talu zu den Beschuldigungen: "Ich bin in die Türkei zurückgekehrt, um bei der Legalisierung der Kommunistischen Partei in meinem Lande als Funktionär der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP) aktiv mitwirken zu können. Die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die die Verfolgung der Menschen wegen ihre Gedanken und das Verbot der Meinungsfreiheit vorsehen, sind anachronistisch. Ich fordere meine Freiheit als Kommunist."

Zu seiner Anklage wegen Mitgliedschaft im Friedensverein sagte Talu: "Sich für die Verteidigung des Friedens einzusetzen, ist eine Menschlichkeitsaufgabe. Die Taetigkeiten des Friedensvereins wurden in der Türkei vor dem Militaerputsch in 1980 zu keiner Zeit aus juristischer Sicht angezweifelt und waren legal."

Die Rechtsanwaelte von Erdal Talu stellten einen Freilassungsantrag, dem auch die Staatsanwaltschaft des zivilen Gerichtes zustimmte.

Doch das Gericht lehnte den Antrag mit der Begründung "Talu sei wegen seine politischen Taetigkeiten nach 1980 angeklagt

und dafür seien die Staatssicherheitsgerichte zustaendig" ab.

Das Gericht entschied ferner, dass der Prozess gegen Erdal Talu, vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul verhandelt werden soll.

Am ersten Verhandlungstag gegen Erdal Talu waren viele Prozessbeobachter, darunter ein Journalist aus der Niederlande sowie ein Vertreter der Niederlaendischen Konsulats in Istanbul, anwesend. Talu lebte nach dem Militaerputsch im niederlaendischen Exil.

Die Zentralkomitee Mitglieder der TBKP, Mehmet Bozişik, Şeref Yıldız und Ahmet Kardam, die zusammen mit Erdal Talu in die Heimat zurückkehrten und sich zur Zeit in der Geschlossenen Haftanstalt Ankara befinden, sind nun mehr als sechs Wochen in Untersuchungshaft. Wie die Rechtsanwaelte mitteilen, werden sie auch aufgrund der Gessinnungsparagrafen 141 und 142 angeklagt. Doch die Anklageschrift gegen sie ist noch nicht fertig.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

22. Februar 1990

- x OBWOHL DER GESETZENTWURF FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER ARTIKEL 141 und 142 DES TÜRKISCHEN STRAFGESETZBUCHES BEI DEN NÄCHSTEN PARLAMENTSSITZUNGEN VORGELEGT UND BEHANDELT WERDEN SOLL, WERDEN IN DER TÜRKEI IMMERNOCH HUNDERTE VON MENSCHEN FESTGENOMMEN UND VERHAFTET
- x ANHÄNGER DES TOTALITARISMUS IN DER TÜRKEI VERSUCHEN IN BEZUG AUF DAS MENSCHENRECHTS-UND DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS DER EUROPÄER IN DER ÖFFENTLICHKEIT DER TÜRKEI ZWEIFEL HERVORZURUFEN

Istanbul- Nach den massiven Protesten in der Türkei und im Ausland wurden 96 der am 10. Februar 1990 in Istanbul festgenommenen 100 Mitglieder der TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) freigelassen. Drei der Festgenommenen TBKP Mitglieder, Abdurrahman Atalay, Peyami Arırk und Ali Hikmet Fırat wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara zur Vernehmung zum Polizeipräsidium von Ankara gebracht.

Die TBKP Funktionäre Ahmet Kardam, Şeref Yıldız und Erdal Talu, die am 22. September 1989 mit der Absicht sich legal zu betätigen in die Türkei zurückgekehrt waren, wurden von dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul am 20. Februar 1990 freigelassen. Der 89-jährige Mehmet Bozışık, der in dem selben Prozess angeklagt wird, wurde in dem Verhandlungstag am 15. Januar 1990 freigelassen. Ahmet Kardam befindet sich noch im Gefängnis, weil er zuvor wegen des Artikels 142 verurteilt wurde. Erdal Talu soll auf Anordnung der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara zur Vernehmung zum Polizeipräsidium nach Ankara gebracht werden.

Bei den Vernehmungen beim Polizeipräsidium in Ankara werden bekanntlich die Kontaktaufnahme der Anwälte mit ihren Mandantinnen und Mandanten in der Phase der Untersuchungshaft auf dem Befehl der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara Nusret Demiral und Ülki Coşkun verweigert. Dabei werden diesbezügliche Rundschreiben des Ministerpräsidenten und des Justizministeriums nicht angewendet.

Istanbul- Das Staatssicherheitsgericht in Istanbul hat gegen 41 der 51 TBKP Mitglieder, die am 8. Dezember 1989 bei einer Pressekonferenz bekanntgaben, dass sie ihre illegale Tätigkeit beendeten, dass sie wie alle anderen politischen Parteien legal arbeiten wollen, dabei alle Regeln der demokratischen Ordnung für sich beanspruchen und sich an den nächsten Parlamentswahlen beteiligen wollen, ein Verfahren eröffnet. Die Anklageschrift basiert auf den Artikeln 141 und 142, wonach die Angeklagten ohne Inhaftierung angeklagt werden sollen. Dabei wird

für einige TBKP Mitglieder Zuchthausstrafen bis zu 18 Jahren verlangt.

Auf der anderen Seite versucht das Justizministerium einen Berufsverbot auf den Rechtsanwalt Alp Selek, der der Istanbul Anwaltskammer angehört, mit der Begründung "er wäre aufgrund des Artikels 141 verurteilt worden" zu verhaengen. Der Justizminister Oltan Sungurlu, der die Öffentlichkeit über die Taetigkeiten für die Abschaffung der Artikel 141 und 142 informiert hat, beantragte für den Vorsitzenden der Istanbul Anwaltskammer Turgut Kazan sowie für die anderen Vorstandsmitglieder bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung.

Ankara-Die TBKP Funktionaere Semih Gümüş und Umur Coşkun, die auf Befehl der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara hin in Istanbul festgenommen und nach Ankara gebracht wurden, wurden im Ergebnis der Proteste innerhalb und ausserhalb der Türkei freigelassen.

Inzwischen aber ist es bekanntgeworden, dass die Staatssicherheitsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara für 86 Personen, darunter die Ehefrau von dem Generalsekretær der TBKP Ayşe Çiçek Yağcı, die am 6. Januar in ihre Heimat zurückgekehrt ist, TBKP Funktionaere Umur Coşkun und Semih Gümüş, Journalisten Özcan Kesgeç und Atilla Aşut und die TBKP Mitglieder aus Ankara und Ereğli-Zonguldak, die sich für legale Tätigkeit ausgesprochen haben, eine Massemanklageschrift erarbeitet, die auf den Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches beruhen.

FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT ALLER EUROPÄISCHEN ORGANISATIONEN FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATEN

Die Solidaritaetsinitiative mit den Inhaftierten der TBKP hat bezüglich all diese Entwicklungen an alle europaeischen Organisationen für Menschenrechte und Demokraten einen Aufruf veröffentlicht. In dem Aufruf wird folgendes gesagt:

"Der Ministerpraesident der Republik Türkei, Yıldırım Akbulut sowie der Justizminister Oltan Sungurlu haben bekanntgegeben, dass der Gesetzentwurf für die Abschaffung der Paragraphen 141 und 142 und 163 in dieser Woche von der Regierung ins Parlament gebracht wird. Sowohl der Ministerpraesident als auch der Justizminister haben mehrmals erklært, dass für die Abschaffung dieser Paragraphen einem Konsens mit den Parteien, die im Parlament Sitze haben, nötig sei. Die Parteivorsitzenden von der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) Erdal İnönü und der Partei des Rechten Weges (DYP) Süleyman Demirel haben schon laegnst erklært, dass sie für die Abschaffung dieser Paragraphen sind. So bleibt kein Hindernis für die Behandlung und Abschaffung dieser Paragraphen durch das Parlament.

In einer solchen Phase kann man die Festnahmen und Verhaftungen von Hunderten von Menschen aufgrund der Artikel 141 und 142 keineswegs als eine rechtmæssige Praxis akzeptieren. Zur Zeit leiden mindestens 85 Tausend Menschen in der Türkei unter diesen Artikeln. Darunter befinden sich der Vorsitzende der TBKP Nihat Sargin und der Generalsekretær der TBKP Haydar Kutlu. Für sie steht eine weitere Verhandlung im Staatssicherheitsgericht in Ankara am 9. Maerz 1990 bevor.

Auf der anderen Seite versuchen die Anhaenger des Totalitarismus in der Türkei, die im Staat und in der Regierung einflussreiche Positionen besitzen, die Konzentration der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit Europas in den Entwicklungen in den Ländern Osteuropas als eine Chance auszunutzen, bei der Öffentlichkeit der Türkei Zweifel und Misstrauen gegenüber der Demokratieauffassung der Europaer zu erwecken und die auf der Tagesordnung stehenden Veraenderungen des türkischen Strafgesetzbuches hinauszuzögern.

Wir rufen alle Organisationen für Menschenrechte und Demokraten Europas dazu auf, sich für die folgenden Forderungen bis zum 9. März 1990 an den Ministerpraesidenten, das Justizministerium, das Innenministerium der Türkei sowie an die Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Ankara zu wenden, um die Plaene der Totalitaristen in der Türkei zu vereiteln:

x Abdurrahman Atalay, Peyami Arırk, Ali Hikmet Fırat und Erdal Talu, die auf Befehl des Staatssicherheitsgerichtes nach Ankara transportiert sind und sich im Polizeipraesidium in Ankara befinden, müssen die rechtliche Regelung ausnutzen und waehrend der U-Haft die Möglichkeit haben, mit ihren Anwaeltten Kontakte zu pflegen. Sie müssen zu keiner Misshandlung ausgesetzt werden.

x Weil der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Artikel 141, 142 und 163 bald im Parlament verabschiedet wird, müssen alle Voruntersuchungen Festnahmen und Verhaftungen aufgrund dieser Artikel gestoppt werden.

x Für die Verhinderung der andauernden Benachteiligung müssen alle aufgrund der Artikel 141 und 142 verhafteten Personen, darunter Nihat Sargın und Haydar Kutlu, freigelassen werden."

Für die Proteste wenden Sie sich bitte an:

Yıldırım Akbulut (Ministerpraesident)
Telex: 44061/44062/44063 BBMT
Fax: 904- 230 88 96

Abdülkadir Aksu (Innenminister)
Fax: 904- 1172390

Oltan Sungurlu (Justizminister)
Fax: 904- 125 48 19
Tel: 904- 117 77 90
125 54 80

Nusret Demiral (Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes)
Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi Başsavcısı
Çevre Sokak
Bakanlıklar- Ankara

BEM

Birlik Enformasyon Merkezi
Unity Information Center
Centre D'Information
Pressezentrale Einheit

Moltkestr. 45, 4100 Duisburg 1, Telefon: 0203/340395, Telefax: 0203/339229

16. Oktober 1989

ERKLAERUNG VON MEHMET KARACA,
DEM STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER
DER VEREINIGTEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TÜRKEI
ÜBER DIE JÜNGSTE RÜCKKEHR DER MITGLIEDER DER PARTEI
VOM EXIL IN DIE HEIMAT

Mehmet Karaca, Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP), hat gegenüber BEM die folgende Erklärung abgegeben:

" Ich möchte allen Demokraten, allen Persönlichkeiten und Organisationen für Menschenrechte den tiefen Dank unserer Partei aussprechen. Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen konnten wir verhindern, dass die am 22. September 1989 zurückgekehrten Mitgliedern und ZK-Mitgliedern unserer Partei in der Türkei nicht gefoltert wurden. Das ist eine gemeinsame Errungenschaft aller Menschen, die für Menschenrechte und Demokratie in der Türkei gearbeitet haben und arbeiten.

" Unsere Freunde mit unterschiedlichen Weltanschauungen und aus verschiedenen politischen Strömungen, die sich seit der Rückkehr von Nihat Sargin, Vorsitzender unserer Partei, und Haydar Kutlu, Generalsekretär unserer Partei, mit uns solidarisieren, haben die Rückkehr der weiteren führenden Politiker unserer Partei sowie der politischen Flüchtlinge unterstützt und alles unternommen, die Misshandlung der Rückkehrer zu verhindern. Wir freuen uns sehr, dass wir für diese edle Tätigkeit neue Unterstützer gewonnen haben. Doch das ist kein Verdienst unserer Partei, denn die Menschenrechte sind universell, und heute, wo unser Planet so klein und zerbrechlich geworden ist, bedeutet die Erhaltung der Menschenwürde, wo auch immer, zugleich die Erhaltung der Menschheit.

"Es ist offensichtlich, dass wir uns mit der Verhinderung der Folterungen nicht zufrieden geben werden. Sargin und Kutlu, die neuen Rückkehrer, die drei führenden Politiker der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSİP), die auch im September 1989 zurückgekehrt und verhaftet worden sind, sowie zahlreiche Menschen, sogar Schüler sind Opfer der Gesinnungsparagrafen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches. Deshalb müssen sie alle freigelassen und freigesprochen werden. Jetzt richtet sich unser Kampf mehr und mehr für die Freilassung dieser Menschen und für die Abschaffung der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die die Gedankenfreiheit und die Taetigkeit der Kommunisten in der Türkei verbieten.

"Manchmal verweist man uns die Erklärungen von Turgut Özal, des Ministerpraesidenten der Türkei, dass die Türkei eine gewisse Zeit brauche, um diese Paragraphen abzuschaffen. Wir können das nicht akzeptieren. Nicht weil wir ungeduldig sind, sondern weil das mit unseren Vorstellungen über die Demokratie nicht übereinstimmt. Alle Entwicklungen innerhalb des Landes zeigen, dass man so schnell wie möglich handeln muss.

"Die jüngste Rückkehr der TBKP Mitglieder hat es verdeutlicht, dass heute in der Türkei innerhalb des Staates zwei Hierarchien koexistieren. Die eine ist legal, besitzt Namen, die andere ist illegal und besitzt keinen Namen. Die Behandlung der Rückkehrer in Istanbul und Ankara beweisen das ganz klar. Die Rückkehrer wurden in Istanbul sofort vors Gericht gestellt. In Ankara dauerte es 11 Tage, bis zwei von ihnen, Ahmet Kardam und Şeref Yıldız vors Gericht gestellt wurden. In Istanbul wurden zwei Menschen freigelassen, die sich als Mitglieder der TBKP vorgestellt haben. In Istanbul wurde das Rundschreiben des Justizministers angewandt, in Ankara nicht.

"Das ist besonders in der heutigen Etappe gefaehrlich, weil die Türkei sich vor der Wahl des Staatspraesidenten befindet. Die Regierungspartei ANAP und die oppositionellen politischen Parteien SHP und DYP, die im Parlament vertreten sind, konnten bis jetzt keinen Konsensus erreichen, wer wie zum Staatspraesidenten gewaehlt wird. Der Alleingang der Regierungspartei ist möglich. Doch ANAP konnte bei den letzten Kommunalwahlen nur 21,7% der Waehlerstimmen gewinnen, und die 2/3 Mehrheit im Parlament beruht sich auf ein antidemokratisches Wahlgesetz. Deshalb kann der Alleingang von ANAP der Türkei keine Stabilitaet bringen. Mehr noch die politische Instabilitaet wird eine neue Dimension erhalten.

Die jüngste Erklärung des Generalstabs nach der Verbreitung von Gerüchten eines militärischen Putsches, dass die Armee der Demokratie treu sei, hat noch einmal gezeigt, dass die Armee in der Türkei doch noch zu sagen hat, und das fundamentalste Prinzip einer demokratischen Gesellschaft, dass das Parlament das höchste Organ sein soll, noch keinen festen Fuss gefasst hat.

"Die TBKP hat mehrmals unterstrichen, dass ihr Kampf für die Legalität ein Brennpunkt im Prozess der Demokratisierung der Türkei ist. Bis jetzt haben die illegalen Machtzentren der Türkei das Verbot der freien Tätigkeit der Kommunisten immer ausgenutzt, um alle demokratischen Kräfte im Lande zu terrorisieren, deren Anschauungen ihnen nicht passen. Und in den Perioden, wo sie ihre Machtinteressen in Gefahr sehen, haben sie den Demokratisierungsprozess unterbrochen und die Paragraphen 141 und 142 gegen Tausende von Menschen angewandt. Deshalb wird die Stärkung der Bewegung für die Abschaffung der Gesinnungsparagraphen in der Türkei, die Freilassung der Gesinnungsverfolgten und die Abschaffung dieser Paragraphen ein entscheidender Wendepunkt für Demokratie in der Türkei sein.

"Die TBKP verteidigt den Pluralismus in der Türkei nicht wie die regierenden Kreise unseres Landes. Wir sind für den tatsächlichen Pluralismus. In ihrem Programm sieht die TBKP eine solche sozialistische Türkei vor, wo alle verfassungsmaessigen Parteien unter der Bedingung der Achtung der demokratischen Regeln alle Rechte im Rahmen eines politischen Mehrparteiensystems wahrnehmen können, auch wenn sie sich nicht die Ideen des Sozialismus zu eigen machen. Dieser Standpunkt von uns ^{ist} eine klare Antwort auf die totalitären Staatsdoktrin innerhalb der Türkei.

"Aus all diesen Gründen, werden wir in nächster Zukunft unseren Kampf für die Freilassung der Gesinnungsverfolgten und für die Abschaffung der Gesinnungsparagraphen intensivieren. Wir sind sicher, dass in diesem Kampf die Vertreter der Menschheit und Demokratie in Europa und in der Welt mit uns sein werden.

"Wir sind entschlossen, diesen Kampf um Demokratie nicht aufzugeben."

16. Oktober 1989

DIE ANHAENGER DES TOTALITARISMUS IN DER TÜRKIE VERSUCHEN
NEUE TBKP-PROZESSE ZU ERÖFFNEN

LETZTER STAND DER SITUATION DER IN SEPTEMBER 1989
ZURÜCKGEKEHRTEN POLITISCHEN FLÜCHTLINGE

DAS SOLIDARITAETSKOMITEE MIT DEN TBKP- HAEFLINGEN RUFT.
DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT EUROPAS ZUM HANDELN AUF

Izmir- Das Staatssicherheitsgericht in Izmir hat gegen sechs Personen einen Prozess eröffnet, wobei es die Betroffenen mit der "TBKP-Mitgliedschaft" beschuldigt. Der Staatsanwalt dieses Sondergerichts verlangt für diese Menschen 10 Jahre Zuchthaus. Nach einer Operation der politischen Polizei in Nazilli, wurde Hüseyin Ekinci mit der Sonderausgabe der legalen Zeitschrift "Adımlar" festgenommen. Die Operation wurde danach nach Izmir ausgedehnt, und Mehmet Akar, Niyazi Dinger, Mehmet Celal Gümüş, Coşkun Ömer und Birol Aslantürk wurden zur Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes in Izmir geschickt.

Die Eröffnung eines neuen TBKP- Prozesses wird in der Türkei als einen Versuch der Anhaenger des Totalitarismus bezeichnet, die Legalisierung der TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) zu verhindern. Viele führenden Politiker dieser Partei sowie zahlreiche Journalisten und Persönlichkeiten des Landes betrachten die Legalisierung der TBKP als einen Brennpunkt der demokratischen Öffnung der Türkei.

Istanbul- Zwei der politischen Flüchtlinge, die am 22.9.1989 in die Türkei zurückgekehrt sind, befinden sich zur Zeit in Sağmalcılar-Gefängnis von Istanbul. Erdal Talu, Mitglied des Zentralkomitees der TBKP, wurde am naechten Tag seiner Rückkehr ohne Polizeiverhör vor Gericht gestellt und verhaftet. Alaattin Taş, der Generalsekretär der ehemals-legalen Jugendorganisation IGD, der an demselben Tag zurückkehrte, befindet sich ebenfalls in diesem Gefängnis.

Dasselbe Gefängnis ist auch zu einem Bleibe für die führenden Politiker der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSİP) gemacht. Hüseyin Hasan Çebi und Ekrem Çakıroğlu (beide Vorstandsmitglieder der TSİP) kehrten am 13.9.1989 in ihre Heimat zurück. Sie und Tektaş Ağaoğlu, der am 19.9.1989 als Vorstandsmitglied dieser Partei in die Heimat zurückkehrte, wurden am Flughafen verhaftet. Die führenden Politiker der TSİP sind auch Opfer der Gesinnungsparagrafen 141 und 142 des türkischen Strafbuchgesetzes.

Die Rechtsanwaelte der Rückkehrer teilten mit, dass ihre Mandanten in Istanbul den gültigen Gesetzen entsprechend behandelt worden sind. Sie können als Juristen deren Verhaftung gemäss den Gesinnungsparagrafen nicht akzeptieren. Doch unterstreichen sie, dass der Erlass des Justizministers über den Kontakt der Rechtsanwaelte mit ihren Mandanten bei jeder Phase der Untersuchung in Istanbul angewandt wurde.

Frau Aynur Hayrullahoğlu, İlhan Baştan wurden gleich nach ihrer Rückkehr, Fikret Demir und Fahrettin Filiz zwei Tage nach ihrer Rückkehr vom Flughafen freigelassen. Die Behörden von Istanbul haben die TBKP-Mitgliedschaft von Fikret Demir und Fahrettin Filiz, die sich als Mitglieder dieser Partei vorgestellt hatten, als keinen Grund für eine Verhaftung gesehen.

Talat Ulusoy, der aus der Niederlande in die Heimat zurückkehrte, befindet sich zur Zeit in Haft in Izmir. Die Rechtsanwaelte teilten mit, dass auch er nach Istanbul gebracht werden kann.

Ankara- Die Proteste verschiedener Kreise gegen die willkürliche Haltung der Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes von Ankara gegen drei der Rückkehrer, Mehmet Bozışık, Ahmet Kardam und Seref Yıldız, dauern inzwischen an. So fragt der Rechtsanwalt E. Cinmen in der letzten Ausgabe der Zeitschrift "Adımlar" wieviel Regierungen es in der Türkei gibt, und weist darauf hin, dass der Erlass des Justizministers in Ankara einfach ignoriert wurde. Inzwischen hat das Justizministerium gegen Nusret Demiral, eine der Hauptfiguren im Prozess gegen Nihat Sargın und Haydar Kutlu, eine Untersuchung eröffnet.

Tatsächlich wurde jegliche Möglichkeit, Auskünfte über den Zustand ihrer Mandanten zu holen, den Rechtsanwaelten sowohl durch das Polizeipraesidium von Ankara als auch durch die von Nusret Demiral geführte Staatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichtes von Ankara entzogen. So wurde der 89-jährige Mehmet Bozışık am 28.9. verhaftet. Die zwei weiteren Zentralkomitee Mitglieder der TBKP,

Ahmet Kardam und Şeref Yıldız mussten 11 Tage in Untersuchungshaft bleiben, bevor sie vor Gericht gestellt wurden.

Zur Zeit befinden sich Mehmet Bozışık, Ahmet Kardam und Şeref Yıldız in Ankara-Merkez-Gefängnis, wo auch Vorsitzender Nihat Sargın und Generalsekretär Haydar Kutlu inhaftiert sind.

Duisburg- Das Solidaritätskomitee mit den TBKP -Häftlingen ruft inzwischen die demokratische Öffentlichkeit Europas dazu auf, die Solidarität mit den Gesinnungsinhaftierten der Türkei zu stärken. Ein Vertreter des Komitees äußerte sich gegenüber BEM mit folgenden Worten: "Europa darf nicht mehr zusehen, dass die Menschen wegen ihrer Gesinnung in der Türkei hinter Gitter sitzen. Heute ändert sich alles überall in der Welt und in Europa. Darüber wird viel gesprochen, und das ist auch gut. Es ist auch Zeit, dass sich auch in der Türkei vieles ändert. Die regierenden Kreise der Türkei sprechen sich in den internationalen Plattformen für die Veränderungen in Europa, doch sie versuchen mit allen Mitteln, die demokratische Öffnung ihres Landes zu bremsen. Das wiederum stellt die Demokratie-Freundlichkeit vieler Kreise Europas in Frage. weil diese das Weiterbestehen des Totalitarismus in einem Bündnispartner immer noch dulden. Deshalb denken wir, dass die demokratische Öffentlichkeit Europas den Anhängern des Totalitarismus in der Türkei ihre Meinung deutlicher vortragen als bisher, und die Menschenrechte in der Türkei mit allen ihrer Möglichkeiten unterstützen."

Das Solidaritätskomitee mit den TBKP- Häftlingen erwartet in dieser Phase von der demokratischen Öffentlichkeit Europas Protestschreiben an den Ministerpräsidenten, das Justizministerium und Außenministerium zu schicken und die Freilassung der Inhaftierten zu verlangen, darunter auch sich Sargın und Kutlu befinden. Ferner richtet sich das Komitee ihre Bitte an die Demokraten Europas, an alle Inhaftierte Soli-Briefe, Postkarten, usw. ins Gefängnis zu schicken.

Die Protestschreiben an:

Turgut Üzal
Başbakan
Bakanlıklar
Ankara-Türkei
Fax: 00904-2308896

Oltan Sungurlu
Adalet Bakanı (Justizminister)
Bakanlıklar
Ankara-Türkei

Mesut Yılmaz
Dışişleri Bakanı (Aussenminister)
Bakanlıklar
Ankara-Türkei
Fax: 00904- 287 16 83

Solidaritätspost an:

Erdal Talu, Alaattin Taş, in:
Sağmalcılar Cezaevi (E-Tipi)
C-4 Blok
Bayrampaşa-Istanbul
Türkei

Nihat Sargın, Haydar Kutlu, Mehmet Bozışık, Ahmet Kardam, Şeref Yıldız in:
Merkez Kapalı Cezaevi
10. Koğuş
Ulucanlar-Ankara
Türkei

An die Vorstandsmitglieder der TSİP: Hasan Hüseyin Çebi, Ekrem Çakıroğlu und Tektaş Ağaoğlu, in:
Sağmalcılar Cezaevi (E-Tipi)
C-4 Blok
Bayrampaşa İstanbul
Türkei

Adresse des Solidaritätskomitees mit den TBKP-Häftlingen:
Moltkestr. 45
4100 Duisburg I -BRD
Tel: 0203-341714
Fax: 0203-339229

K.L
2.134
Ahmet Kardam Nihat Sargın

TÜRKİYE GÖZETİMİNİN TARİHİ

pressezentrale einheit
bem
unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: +49 203 340395, TELEFAX: +49 203 339229 (BRD)
6 STOKE NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: +44 1 923 1902 (UK)

x IN ISTANBUL WURDEN AN DIE 100 TBKP-MITGLIEDER FESTGENOMMEN
x POLITIKER PROTESTIEREN GEGEN DIE WILLKÜRLICHE ÜBERGRIFFE DER
POLIZEIKRÄFTE, DIE DIE LEGALE GRÜNDUNG DER PARTEI VERHINDERN
WOLLEN

Am 10.02.90 wurden an die 100 Mitglieder der TBKP (Vereinigte Kommunis-
tische Partei der Türkei) auf Anordnung des Staatssicherheitsgerichtes
festgenommen.

Die Anwälte der Festgenommenen erklärten, dass der Staatsanwaltschaft
des Staatssicherheitsgerichtes im Bezug auf die Festgenommenen einen Haft-
befehl erlassen will und der politische Polizei von der Staatsanwaltschaft
einem U-Haftfrist von 15 Tagen beantragt hat.

Die Familienangehörige der festgenommenen TBKP-Mitglieder haben am 12.2.90
auf einer Pressekonferenz, die sie durchgeführt haben, die sofortige Frei-
lassung ihrer Angehörigen, die nur wegen ihrer Anschauung festgenommen sind,
gefordert.

Inzwischen haben die Zentral-Führung der TBKP und Vorstandsmitglieder der
TBKP in Istanbul sowie Kreisvorstandsmitglieder der Kreisbezirken in Istan-
bul eine Erklärung veröffentlicht in dem sie gegen die Verhinderung der
Tätigkeiten der Partei Mitglieder um die legale Gründung der Par-
tei protestiert und diese Übergriffe als Zwingung der Kommunisten zur ille-
galen Tätigkeit bewertet.

"Die Demokratie kann nicht mit Übergriffen und Angstzuständen erreicht wer-
den. Damit die Türkei bei der positiven Entwicklungen in der ganzen Welt
nicht zurück bleibt müssen die Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen
Strafgesetzbuches sofort im Parlament behandelt und abgeschafft werden." so
die TBKP-Mitglieder in ihrer Erklärung weiter.

Der stellvertretende Vorsitzende der TBKP, Mehmet Karaca protestierte in
seiner Erklärung im Bezug auf die Übergriffe der Polizeikräfte auf die
TBKP-Mitglieder und erklärte dass die Paragraphen 141, 142 und 163 des tür-
kischen Strafgesetzbuches in kürzester Zeit in der Regierung
und im Parlament besprochen und abgeschafft werden müssen.

Der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Volkspartei Deniz Baykal erk-
lärte, dass die Festnahme der TBKP-Mitglieder nicht zu rechtfertigen ist.
Baykal betonte weiterhin, dass in einer Zeit in dem die Mauern in Europa
fallen, solche Massnahmen durchgeführt werden, anachronistisch ist.

Kemal Anadol eine der unabhängigen Abgeordnete im Parlament erinnerte den Staatspräsidenten Özal, Ministerpräsidenten Akbulut und den Justizminister Sungurlu zur Einhaltung ihrer politischen Erklärungen und Verprechungen auf und rief sie zu Tätigkeiten im Bezug auf die Abschaffung der Paragraphen 141, 142, und 163 im Parlament auf.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV